

Dogmenstreit der Ökonomen

Die Lehren der Anderen

Von Werner Mussler

24. Mai 2009 Die deutschen Ökonomen streiten. Darüber, ob sich die Mathematik in ihrer Disziplin verselbständigt hat. Ob ihr Fach noch genug Praxisbezug hat. Ob die Lehre von der Wirtschaftspolitik und die Ordnungsökonomik noch modern sein können, wenn man damit international nichts anzufangen weiß.

Diese Fragen sind nicht neu. Aber der Aufruf von 83 Professoren, die Ende April in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Entwicklung ihrer Disziplin scharf kritisierten ("[Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!](#)"), hat deutlich mehr Aufmerksamkeit gefunden, als dies vor fünf oder zehn Jahren der Fall gewesen wäre. Der Grund liegt auf der Hand: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das - schon vorher überschaubare - Ansehen der Ökonomen in der Öffentlichkeit weiter sinken lassen. Nur ganz wenige Fachvertreter haben die Krise vorhergesehen. Selbstkritische Ökonomen wie der frühere Chef des Vereins für Socialpolitik, Friedrich Schneider, haben ihre Kollegen deshalb zum Nach- und Umdenken aufgefordert.

Bizarre Reaktion: Die Kritiker seien im Ausland nicht bekannt

Die Reaktion mancher deutscher Volkswirte auf den Methodenstreit wirkt insofern bizarr. Sie begegnen dem Pamphlet der 83 nicht mit inhaltlichen Argumenten, sondern beklagen, dass überhaupt diskutiert wird. Die schiere Existenz des Streits untergrabe "die Glaubwürdigkeit der eigenen Disziplin" (so der Freiburger Ökonom Thomas Gehrig) und mache im Ausland arbeitenden deutschen Forschern "die Rückkehr nicht schmackhafter" (so Rüdiger Bachmann von der University of Michigan). Für Bachmann ist der Aufruf auch deshalb nicht relevant, weil seine Initiatoren im Ausland nicht bekannt seien. Gegen diese Argumente ist der Einwand von Harald Uhlig (University of Chicago), der Aufruf eigne sich für eine "Karnevalsveranstaltung", geradezu seriös.

Von Nachdenklichkeit jedenfalls keine Spur. Umso bemerkenswerter ist das Wissenschaftsverständnis, das sich da offenbart. Der Inhalt des Manifests ist demnach deshalb falsch, weil er den vom Mainstream vertretenen Status quo in Frage stellt. Und er ist gefährlich, weil er zu Diskussionen führt. Merke: Die

moderne Ökonomik in ihrem Lauf, halten weder Ochs noch Esel auf.

Die Politik soll angeblich schuld sein, dass auf Ökonomen kaum noch gehört wird

Einen zentralen Vorwurf der 83 - die fehlende Realitätsnähe großer Teile der heutigen Volkswirtschaftslehre - bestreiten die Gegner des Aufrufs nur halbherzig. Sie verweisen auf die zunehmende empirische Ausrichtung ihrer Zunft und die unstrittige Tatsache, dass der Anteil purer Theorie in jüngster Zeit zurückgegangen ist. Warum erlangen die Ergebnisse der modernen empirischen Forschung dennoch selten Relevanz?

Da sind Politik und öffentliche Verwaltung selbst schuld, meint Uhlig, denn sie lesen die heutigen Top-Journale nicht. Genauer: Sie haben nicht genug Ökonomen engagiert, die die Metasprache dieser Journale verstehen. Von der früher von Herbert Giersch apostrophierten "Bringschuld" der Ökonomen gegenüber der Politik ist keine Rede mehr. Und wahrscheinlich bleibt der vor einigen Jahren geätzte Befund Bruno Freys gültig, dass der typische Smalltalk von Ökonomen auf Konferenzen nicht von wirtschaftlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche oder Staatsverschuldung handele, sondern davon, in welcher Zeitschrift man sein nächstes Papier unterbringe.

Ansonsten gehen die Reaktionen auf den Aufruf teilweise souverän am Thema vorbei. So fragt Gehrig in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung rhetorisch-beleidigt: „[Schadet es, wenn Ökonomen rechnen können?](#)“.

Natürlich schadet es nicht, im Gegenteil. Das hat allerdings auch niemand behauptet. Der Freiburger Ökonom Viktor Vanberg, auf den Gehrig antwortet, betont, dass nichts gegen eine Nutzung quantitativer Methoden spreche, dass diese aber an ihre Grenzen stoßen, wenn das mathematische Modell zum Selbstzweck wird, wenn also "der Formalisierungsgeiz bestimmt, wie man die artifizielle Welt definiert, über die man Aussagen macht, und wo der Quantifizierungsgeiz die Verfügbarkeit verwertbarer Daten zum Kompass dafür macht, welche Zusammenhänge man untersucht" (siehe [Die Ökonomik ist keine zweite Physik](#)).

Das Unbehagen gibt es nicht nur im angeblich rückständigen Deutschland

Und was ist mit dem Argument, die 83 würden die moderne Ökonomik, die sie kritisierten, nicht wirklich kennen? Darin mag ein Körnchen Wahrheit stecken.

Allerdings fällt der Vorwurf auf Kritiker wie Uhlig zurück, der verkündet, Ordnungspolitik sei "nicht mehr irgendwie wichtig", weil es ihr ja nur "um die Beschreibung und Analyse der Bedingungen von funktionsfähigem Wettbewerb" gehe, und darin sei die quantitative Ökonomik viel weiter. Das ist ziemlicher Unsinn. "Denken in Ordnungen" (zugegeben: ein grässlich altmodischer Begriff) beinhaltet schon ein wenig mehr.

Mindestens viererlei gehört dazu: Erstens, das Eingeständnis, dass jede Beschäftigung mit Wirtschaftspolitik nicht ohne normative Analyse auskommt. Der Unterschied zur vermeintlich wertfreien empirischen Analyse ist, dass Letztere die dem jeweiligen Untersuchungsgegenstand zugrundeliegenden Werturteile einfach wegdefiniert. Zweitens der Anspruch, mit den richtigen Fragen eine Art wirtschaftspolitischer Folgenabschätzung durchführen zu können. Dass empirische Methoden diese Folgenabschätzung unterstützen können, versteht sich von selbst, freilich gehen ihr oft die falschen Fragen voraus. Drittens die Erkenntnis, dass eine solche Folgenabschätzung ohne Kenntnis der vorhandenen wirtschaftspolitischen und rechtlichen Institutionen und ihrer Anreiz- und Lenkungswirkungen nicht möglich ist. Und viertens die Einsicht, dass Marktwirtschaften komplexe offene Systeme sind, und dass deshalb die Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Steuerung begrenzt sind.

Wer an all das erinnert, verweigert sich nicht dem wissenschaftlichen Fortschritt. Für die 83 gilt dieser Vorwurf schon deshalb nicht, weil sie ja nichts verbieten wollen. Er gilt aber auch in einem allgemeineren Sinne nicht. Nicht nur im angeblich rückständigen Deutschland ist das Unbehagen an der rein quantitativen Ökonomik gewachsen. Auch international existiert die einschlägige Debatte längst; Nobelpreisträger wie Douglass North, James Buchanan, Amartya Sen, Daniel Kahneman, Vernon Smith oder Ronald Coase stehen für "alternative" Forschungsansätze.

Manche prominente Mainstream-Ökonomen wie Martin Hellwig und Christoph Schmidt haben sich differenziert-kritisch zu dem Aufruf geäußert. Ihre Stellungnahmen lassen hoffen, dass der Methodenstreit doch noch zu etwas führt. Andere beharren indes darauf, ohnehin recht zu haben und nicht diskutieren zu müssen. Sie haben offenkundig den Ehrgeiz, ihre eigene Disziplin weiter zu marginalisieren.

Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!

05. Mai 2009 Mit Sorge verfolgen wir, 83 Professoren der Volkswirtschaftslehre, die zunehmenden Bestrebungen, die Lehre von der Wirtschaftspolitik an den Universitäten zurückzudrängen. Professuren für Wirtschaftspolitik sollen zweckentfremdet oder umgewidmet werden, und betriebswirtschaftliche Bachelor-Studiengänge sehen wirtschaftspolitische Lehrveranstaltungen nicht mehr vor.

Die Lehre von der Wirtschaftspolitik behandelt normativ und positiv bedeutsame Fragestellungen: Woran sollten sich die wirtschaftspolitischen Ziele (zum Beispiel in Hinblick auf Staatsanteil, öffentliche Finanzen, Verteilung, Stabilität und Ähnliches) orientieren? Welche wirtschaftspolitischen Institutionen und welche wirtschaftspolitischen Instrumente sind geeignet, bestimmte wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen? Wie kann politökonomisch erklärt werden, weshalb wirtschaftspolitische Institutionen versagen können? Wodurch können Veränderungen in den wirtschaftspolitischen Zielen und in der Effizienz wirtschaftspolitischer Instrumente erklärt werden? Die systematische Analyse solcher wirtschaftspolitischer Fragestellungen ist ohne normative Grundlagen nicht möglich.

In der volkswirtschaftlichen Theorie herrscht die Tendenz vor, aus jeweils gewählten Annahmen logische Schlussfolgerungen abzuleiten. Das jeweilige Ergebnis ist bereits vollständig in den Annahmen enthalten. Diese Methodik garantiert formale Rigorosität, ist aber für die Analyse realweltlicher Wirtschaftspolitik wenig geeignet. Eine gute wissenschaftliche Analyse der Wirtschaftspolitik fußt immer auf solider Wirtschaftstheorie. Aber sie geht darüber hinaus, indem sie untersucht, inwieweit die theoretisch abgeleiteten Schlussfolgerungen in der Realität anwendbar und umsetzbar sind. Dazu ist unter anderem ein Kenntnis der realen Institutionen und ihrer (Anreiz-)Wirkungen notwendig. Nur hiermit können letztlich wissenschaftlich fundierte Empfehlungen an die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger abgeleitet werden.

Zu einem Versagen in der realen Wirtschaftspolitik kommt es in der Regel nicht deshalb, weil den Entscheidungsträgern logische Fehler unterlaufen, sondern weil sie die Wirkungen ihrer Instrumente falsch eingeschätzt haben oder weil

von den wirtschaftspolitischen Institutionen falsche Anreize ausgehen oder weil Verhaltensweisen bei den Wirtschaftssubjekten vorherrschen, die mit der reinen Theorie nicht übereinstimmen. Über diese Zusammenhänge zu informieren ist Aufgabe der Lehre von der Wirtschaftspolitik. Kunstfertigkeit in der Ableitung logischer Schlussfolgerungen ist manchmal nur von begrenztem Nutzen, wenn es darum geht, Realität zu verstehen und zu beurteilen.

Auch in anderen Ländern opfern immer mehr Ökonomen die Realitätsnähe ihrer Analysen dem Ziel formal-logischer Stringenz, und auch dort wird diese Tendenz in der Öffentlichkeit lebhaft beklagt. Die Vereinigten Staaten sind keine Ausnahme. Die Ökonomen ziehen sich aus der Wirklichkeit zurück, weil die Karriereanreize in ihrem Fach verzerrt sind. Die vorherrschende Ausrichtung der universitären Forschung und Lehre bietet kaum einen Anreiz für Nachwuchswissenschaftler, sich mit wirtschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen. Denn die Ergebnisse der wirtschaftspolitischen Analyse sind häufig kontrovers und - da sie empirischer Natur sind - nie mit letzter Gewissheit beweisbar. Für die Zurschaustellung logischer Virtuosität bleibt wenig Raum.

Da somit die Anreize nicht stimmen, vernachlässigt das Fach Volkswirtschaftslehre zunehmend den Beitrag, den es zur Lösung praktischer wirtschaftspolitischer Probleme leisten könnte - und sollte! Aber die Wissenschaft hat eine gesellschaftliche Verantwortung. Sie ist gehalten, anwendbare Ergebnisse zu produzieren. Professuren für Wirtschaftspolitik müssen daher unabdingbarer Bestandteil der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre bleiben.

Die Unterzeichner

Gerd Aberle, Jürgen Backhaus, Hartwig Bartling, Hartmut Berg, Peter Bernholz, Norbert Berthold, Ulrich Blum, Kilian Bizer, Armin Bohnet, Gertrud Buchenrieder, Rolf Caesar, Dieter Cassel, Dietrich Dickertmann, Norbert Eickhof, Gisela Färber, Cay Folkers, Siegfried F. Franke, Bruno S. Frey, Andreas Freytag, Oskar Gans, Herbert Giersch, Heinz Grosseckter, Gerd Habermann, Walter Hamm, Rolf Hasse, Fritz Helmedag, Klaus-Dirk Henke, Rudolf Hickel, Carl-L. Holtfrerich, Stefan Homburg, Klaus Jaeger, Erhard Kantzenbach, Gerhard D. Kleinhenz, Henning Klodt, Rainer Klump, Günter Knieps, Andreas Knorr, Lambert T. Koch, Ulrich Koester, Hans-Günter Krüsselberg, Jörn Kruse, Bernhard Külz, Hans-Otto Lenel, Helga Luckenbach, Chrysostomos Mantzavinos, Joachim Mitschke, Josef Molsberger, Christian Müller, Hans-H. Nachtkamp, Renate Neubäumer, Bernhard Neumärker, Peter Oberender, Renate Ohr, Hans-Georg Petersen, Ingo Pies, Bernd Raffelhüschen, Hermann Ribhegge, Walter Ried, Dirk Sauerland, Wolf Schäfer, André Schmidt, Ingo Schmidt, Michael Schmitz, Gunther Schnabl, Friedrich Schneider, Alfred Schüller, Christian Seidl, Jürgen Siebke, Olaf Sievert, Joachim Starbatty, Ulrich van Suntum, Theresia Theurl, Horst Tomann, Viktor Vanberg, Roland Vaubel, Christian Watrin, Gerhard Wegner, Paul J.J. Welfens, Dirk Wentzel, Rainer Willeke, Hans Willgerodt, Manfred Willms, Artur Woll.

Quo vadis, Ökonomik?

Von Christoph M. Schmidt und Nils aus dem Moore

22. Mai 2009 Die zur Weltrezession ausgeweitete amerikanische Finanzmarktkrise setzt im öffentlichen Diskurs auch die Wirtschaftswissenschaften unter Legitimationsdruck. In Deutschland hat diese Selbstvergewisserung über Grundannahmen, Forschungsfragen und die zu ihrer Beantwortung eingesetzten Methoden jedoch einen merkwürdigen Sonderweg eingeschlagen: Unter dem Slogan „Austrocknung der Ordnungspolitik“ ist ein Streit über die angemessene Behandlung von Fragen der Wirtschaftspolitik ausgebrochen.

Dabei geht es um die allgemeine Tendenz deutscher Wirtschaftsfakultäten, bei der Neuausrichtung nicht länger den im deutschen Sprachraum lange üblichen Dreiklang „Wirtschaftstheorie – Wirtschaftspolitik – Finanzwissenschaft“, sondern zunehmend den international vorherrschenden, angelsächsisch geprägten Dreiklang „Mikroökonomik – Makroökonomik – Ökonometrie“ zu verfolgen.

Die quantitativ orientierte Forschung ist keineswegs blind für institutionelle Details

In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise erblicken die Hüter des Status quo ante offenbar eine große Chance, um medienwirksam den „Bankrott der Ökonomen“ (Karen Horn), das „Waterloo der Ökonomik“ (Michael Hüther) oder die „Wertlosigkeit“ (Hans Willgerodt) der modernen Volkswirtschaftslehre auszurufen und auf dieser Basis für die Renaissance der Ordnungsökonomik an deutschen Fakultäten zu trommeln. Der Mainstream-Ökonomik wird dabei der Vorwurf gemacht, sie trage „als Wegbereiter der Politik eine gehörige Mitschuld daran, dass es so weit hat kommen können“, denn „wissenschaftliche Selbstüberschätzung und politischer Machbarkeitswahn sind im modernen Mainstream der Ökonomie eine unheilvolle Allianz eingegangen“. Inhaltlich spitzt sich die Kontroverse auf die Frage zu, ob in der modernen Wirtschaftswissenschaft, die mittlerweile in den deutschen Universitäten dominiert, zu viel Mathematik und zu wenig das Denken in großen Zusammenhängen verfolgt wird (siehe [Debatte: Wie viel Mathe braucht die Wirtschaftswissenschaft?](#)).

Die Diskussion geht jedoch genau an dieser Stelle völlig ins Leere, da es diesen Gegensatz bei genauerem Hinsehen gar nicht gibt. Das Denken in großen Zusammenhängen ist in der Tat nach wie vor eine der größten Herausforderungen für die Disziplin, denn einzelwirtschaftliche Analyse allein

kann die Fragen nach dem besten ordnungspolitischen Rahmen und nach der angemessenen Form staatlicher Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen nicht ersetzen. Diese Aufgabe lässt sich jedoch nicht dadurch meistern, dass man auf die Vorzüge verzichtet, die aus der in den vergangenen Jahrzehnten erfolgten Mathematisierung des Fachs zu schöpfen sind.

Die Mathematik zwingt zur Konsistenz

Was macht die moderne Wirtschaftsforschung aus? Im Wirtschaftsleben fügen sich die Wünsche, Entscheidungen und Handlungen unterschiedlichster Akteure in ein komplexes Ganzes. Ihr Zusammenspiel lässt sich ohne ein mathematisch-formales, modellgestütztes Vorgehen nur selten zufriedenstellend analysieren. Das gilt gleichermaßen für die theoretische Analyse wie für die empirische Wirtschaftsforschung oder die angewandte Ökonometrie. Erst die Mathematik zwingt der theoretischen Analyse in komplexen Zusammenhängen die Disziplin auf, inhaltlich konsistent zu argumentieren, und sie legt der empirischen Forschung jene wissenschaftliche Bescheidenheit nahe, die einer weitgehend nichtexperimentellen Vorgehensweise angemessen ist.

Die Ökonometrie benötigt man in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vor allem deswegen, weil Ökonomen in der Regel empirische Belege für und wider ihre theoretischen Argumente nicht im Labor sammeln können. Die Herausforderung besteht darin, nichtexperimentell erhobenes Datenmaterial so auszuwerten, dass die wissenschaftliche Qualität der Antwort derjenigen des nicht durchführbaren „idealen“ Zufallsexperiments nahe kommt. Das Vorbild dieser Methoden sind Experimente, wie man sie aus der klinischen Forschung kennt. Dabei werden die Teilnehmer nach dem Zufallsprinzip in zwei Gruppen aufgeteilt, die entweder das Medikament oder ein Placebo erhalten. Systematische Abweichungen im Krankheitsverlauf zwischen der Behandlungs- und der Kontrollgruppe sind dann ein Beleg für den kausalen Effekt des neuen Wirkstoffs. Ökonomen imitieren diese Logik, um im komplexen Wirtschaftsgeschehen die Wirkungen politischer Maßnahmen zu identifizieren.

Können Langzeitarbeitslose durch aktive Arbeitsmarktpolitik wieder ins Erwerbsleben integriert werden? Kehren Mütter durch das neue Elterngeld schneller in den Beruf zurück? Verschlechtert die Privatisierung eines Krankenhauses die Versorgungsqualität der Patienten? Auf diese und viele andere Fragen, bei denen das Interesse der Wirtschaftspolitik nicht nur, aber vor allem in der quantitativen Dimension des erforschten Problems liegt, können ordnungspolitische Grundsatzüberlegungen keine Antwort geben. Aber

selbst für ein Grundsatzurteil etwa über die Frage, welche Rolle die verschiedenen Träger im deutschen Gesundheitswesen spielen sollten, ist heute die empirische Fundierung unabdingbar, wenn das Argument sich anschließend in der unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen Politik, Verbänden und privatwirtschaftlichen Akteuren behaupten können soll. Für Gesellschaften, die dem Erbe der Aufklärung folgen und sich bei Entscheidungen nicht an religiösen Dogmen oder ideologischen Vorhaben orientieren wollen, gibt es daher keine sinnvolle Alternative zur evidenzbasierten Politik.

Die VWL ist heute so praxisbezogen wie noch nie

Dabei sind sich moderne (empirische) Wirtschaftsforscher, wenn sie ihr Handwerk verstehen, über eines völlig klar: Nicht alles, was in Formeln gekleidet und in Zahlen ausgedrückt ist, beflügelt das Verständnis. Eine gelungene ökonomische Modellierung betont die grundlegenden Zusammenhänge und schließt irrelevante Aspekte aus der Betrachtung aus. Für die ökonomische Theorie wie für die empirische Analyse gilt dabei gleichermaßen, so einfach wie möglich und so komplex wie nötig vorzugehen: Gute Wissenschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie dabei die richtige Balance findet, nicht dadurch, dass sie durch formales „Muskelspiel“ möglichst viele vom Verständnis ausschließt. Weder für eine zu geringe Sparsamkeit noch für das Vernachlässigen relevanter Aspekte kann es eine Entschuldigung geben. Die quantitativ orientierte Forschung ist daher keineswegs blind für institutionelle Details, wie oft unterstellt wird, im Gegenteil: Für den empirischen Wirtschaftsforscher sind institutionelle Faktoren nicht zuletzt eine wichtige Quelle für Variation in den jeweiligen Daten, ihre Kenntnis und Berücksichtigung ist daher unabdingbare Voraussetzung bei der Formulierung eines überzeugenden Forschungsdesigns.

Der entscheidende Gradmesser für gute Forschung ist somit immer, wie gut sie die inhaltliche Fragestellung adressiert, nicht die Frage, ob ein Forscher komplexe Methoden anwenden kann. Die aus ordnungspolitischer Warte vorgebrachte Kritik an der Formalisierung von Theorien und ihrer empirischen Überprüfung mit Hilfe quantitativer Verfahren beruht angesichts der beschriebenen Wissenschaftspraxis auf einer stark selektiven Wahrnehmung der gegenwärtigen Mainstream-Ökonomik. Natürlich gibt es Theoretiker, die wie von Viktor Vanberg beklagt den „Formalisierungsehrgeiz“ auf die Spitze treiben und sich in den artifiziellen Welten ihrer Modelle verlieren, ebenso wie Empiriker, die vom „Quantifizierungsehrgeiz“ getrieben ihre Forschungsfragen

einzig und allein an der Verfügbarkeit verwertbarer Daten ausrichten. Doch das Gesamtbild ist ein völlig anderes. Noch nie waren große Teile der ökonomischen Forschung so praxisbezogen und mit ihrer Arbeit im realen Leben verwurzelt wie heute.

Zu dieser Entwicklung haben gerade Formalisierung und Quantifizierung maßgeblich beigetragen: Weil formale Modelle in der Regel zu überprüfbareren Hypothesen führen, können ihre Aussagen häufig mit empirischen Methoden in der realen Welt getestet werden. Mathematisierung und Realitätsbezug sind insofern keine Gegensätze, sie bedingen sich in der empirischen Wirtschaftsforschung geradezu gegenseitig: Nur wer über die entsprechenden statistischen Verfahren verfügt, kann in der vielschichtigen ökonomischen Realität relevante Zusammenhänge erkennen oder die spezifischen Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen ermitteln. Die bei vielen Anhängern der Ordnungsökonomik zu beobachtende Aggressivität gegenüber der Mathematik ähnelt insofern dem Verhalten eines Leseschwachen im Restaurant, der sich immer die Speisekarte vorlesen lässt, weil er vermeintlich die Brille nicht dabei hat. Hier äußert sich ein weitgehendes Unverständnis für die Entwicklungen, welche die Wirtschaftswissenschaften in den vergangenen Jahrzehnten genommen haben, vor allem aber eine gewisse Ohnmacht gegenüber neuen Methoden und Ansätzen.

Frustration einer scheidenden Generationen von Professoren

Völlig verfehlt ist auch das Gleichsetzen von Ökonometrie und Planwirtschaft, wie Willgerodt es unterstellt. Das Gegenteil ist richtig: Die moderne empirische Wirtschaftsforschung weigert sich zu Recht, der Gültigkeit „kausal-theoretischer Überlegungen“ blind zu vertrauen, sondern sucht nach empirischen Strategien, um Belege für Ursachen und ihre Wirkungen zu sammeln. Es ist ihr daher sehr bewusst, dass ihr Erkenntnisobjekt einen eigenen Willen hat, dass die Ökonomik, wie Vanberg zu Recht betont, „keine zweite Physik“ ist, sondern es sich bei der Volkswirtschaftslehre um eine Wissenschaft handelt, die sich mit menschlichem und daher nicht vollständig vorherzusagendem Verhalten beschäftigt (siehe [Die Ökonomik ist keine zweite Physik](#)). Unter dem Stichwort der „Heterogenität“ hat gerade das Wechselspiel von Mikroökonomie und Mikroökonomie unser Verständnis dafür gestärkt, dass oft nicht durchschnittliches Verhalten entscheidend ist, sondern die individuellen Abweichungen davon und der Blick auf Aggregate daher in die Irre führen kann. Natürlich liegen vor dem Hintergrund dieser Komplexität numerische Prognosen häufig sehr daneben. Wie man diesem Problem

beikommen will, indem man weiterhin nur vage mündliche Beschreibungen der möglichen Entwicklungen anbietet, muss jedoch schleierhaft bleiben.

Die Kontroverse um die (fehlende) Zukunft der Ordnungspolitik an deutschen Universitäten hat ihre Wurzeln offensichtlich auch in der wohl in allen wissenschaftlichen Disziplinen und zu allen Zeiten mehr oder weniger scharf zutage tretenden Frustration scheidender Generationen von Professoren über die Art und Weise, wie ihre Nachfolger „ihr“ Fach vertreten. Ein Teil dieser Frustration speist sich offenbar aus einem Gefühl, dass die eigenen Leistungen der Vergangenheit allzu schnell in Vergessenheit geraten sind und nicht (mehr) hinreichend gewürdigt werden. Dies wäre zwar menschlich schwer verzeihlich, könnte aber zweifellos behoben werden, ohne dass jüngere Fachkollegen die Fortschritte der Disziplin verleugnen und wirtschaftswissenschaftliche Forschung in der vom Stand der Erkenntnis überholten Art ihrer Vorväter durchführen müssten. Auch in den Wirtschaftswissenschaften können Spitzenforscher heute nur deshalb ihre Erfolge erringen, weil sie auf den Leistungen ihrer Vorgänger aufbauen, und auch sie müssen wissen, dass die Zeit und die Entwicklung ihres Faches sie irgendwann überholen werden.

Den Altvordern Respekt und die verdiente Anerkennung entgegenzubringen ist eine Selbstverständlichkeit. So ist sicherlich die Einschätzung zutreffend, dass die Ratschläge der Ordnungspolitik für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg von allergrößter Bedeutung waren. Wie Willgerodt richtig feststellt, waren zwar damals das Massenelend und das lang anhaltende Fehlen persönlicher Freiheit offensichtlich, aber keineswegs die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen daraus. Es kann kaum hoch genug gewürdigt werden, dass der Aufbau der Bundesrepublik auf dem Fundament einer freiheitlichen, marktorientierten Wirtschaftsordnung erfolgte, trotz der damals offenbar sehr großen Skepsis der Bevölkerung und weiter Teile der geistigen Elite gegenüber einer Wirtschaft mit unregulierten Preisen und von den einzelnen Akteuren dezentral geplanten wirtschaftlichen Aktivitäten. Die gewaltige Erfolgsgeschichte, die aus dieser Grundsatzentscheidung erwachsen ist, wird insbesondere im Kontrast zum wirtschaftlichen Versagen des Gegenentwurfs der DDR sichtbar, das zu deren Bankrott führte.

Fachaufsätze müssen nicht für jeden Praktiker verständlich sein

In der Tat ist es, was die Mahner zu mehr ordnungspolitischem Denken offenbar stark bewegt, äußerst bedenklich, dass der über sechs Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland so beispiellos gewachsene individuelle Wohlstand zumindest erheblich dazu beigetragen hat, dass Themen wie individuelle

Freiheit, individuelle Verantwortung im politischen Prozess und Bekenntnis zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Bewusstsein der Bevölkerung an Bedeutung verloren haben und zur Selbstverständlichkeit oder gar zu einer vermeintlichen Belastung mutiert sind. Vor allem muss man der intellektuellen Elite des Landes wohl unterstellen, dass sie sich weitgehend verweigert hat, ökonomische Sachverhalte in hinreichender Weise als Teil eines umfassenden Bildungsbegriffs zu verstehen. Es mutet wie eine Satire an, dass in Europas größter Volkswirtschaft eine führende Qualitätszeitung noch im vergangenen Herbst der sich ausbreitenden Weltwirtschaftskrise unter der Überschrift „Humboldt und die Konjunktur“ die Frage stellen musste: „Ist die Ökonomie eine Spezialwissenschaft oder gehört sie zur Allgemeinbildung?“

Die richtige Antwort auf diese Defizite in der ökonomischen Bildung besteht aber nicht darin, an deutschen Universitäten Reservate einzurichten oder zu erhalten, an denen dann die Traditionspflege der deutschen Schule der Ordnungspolitik betrieben werden kann. Das damit fast zwangsläufig verbundene Schmoren im eigenen Saft und die immanente Tendenz zur Beschränkung auf Publikationen in deutscher Sprache können in einer Zeit, in der nicht nur die Wirtschaftswissenschaft, sondern auch und vor allem die reale Wirtschaftspolitik durch internationale Interaktionen geprägt sind, nur in Irrelevanz und Isolation führen. Nicht ganz zu Unrecht werfen viele junge Wirtschaftswissenschaftler der Generation ihrer akademischen Lehrer vor, zu ihrer Zeit den internationalen Wettbewerb unzureichend gesucht zu haben. Zum Glück haben sich die Beteiligung deutscher Forscher an der internationalen Forschung und die Wahrnehmung deutscher Ökonomen im Ausland in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich verbessert.

Die Beteiligung am internationalen Erkenntniswettbewerb ist dabei gerade auch für jene Volkswirte von zentraler Bedeutung, die sich in der Politikberatung engagieren: Nur die „scientific community“ kann die Qualität von Forschungsergebnissen bewerten, ein besseres Verfahren als das anonyme, ohne Kenntnis des Autors durchgeführte Begutachtungsverfahren durch qualifizierte Fachkollegen gibt es nicht. Es ist ein gravierendes Missverständnis, dass ökonomische Veröffentlichungen in referierten und in ihrer Mehrzahl englischsprachigen Fachzeitschriften für Praktiker und Politiker unmittelbar verständlich sein müssten. (Übrigens eine Forderung, die niemand ernsthaft an andere Wissenschaften von großer sozialer und politischer Relevanz adressieren würde.) Diese Publikationen dienen der Qualitätskontrolle des Wissenschaftlers, der seine Beratung deutscher Politiker natürlich in deutscher Sprache und mit einem Höchstmaß an Verständlichkeit zu liefern hat – etwas

anderes wird von den Auftraggebern von Gutachten auch gar nicht akzeptiert.

Der Dreiklang muss lauten: Mikroökonomik - Makroökonomik - Ökonometrie

Die Volkswirtschaftslehre als akademische Disziplin an deutschen Universitäten ist daher gut beraten, sich am angelsächsisch geprägten Dreiklang „Mikroökonomik – Makroökonomik – Ökonometrie“ zu orientieren – als unabdingbarem Grundgerüst der modernen Ökonomik. In jeder der drei Grunddisziplinen werden auch wirtschaftspolitische Fragen adressiert, als Ausgangs- und Zielpunkt theoretischer Modelle ebenso wie als Anwendungskontext der empirischen Wirtschaftsforschung. Darauf aufbauend bieten die führenden Fakultäten einen breiten Kanon an vertiefenden Disziplinen an, von Arbeitsmarkt-, Industrie-, Umwelt- und Entwicklungsökonomik über Finanzwissenschaft und Politische Ökonomie bis hin zu Wirtschafts- und Ideengeschichte. Auf dieser Basis ausgebildete Ökonomen beherrschen die Grundlagen ihres Faches, und sie besitzen in ihren Spezialgebieten sowohl theoretische als auch anwendungsorientierte Kenntnisse. Sie verfügen damit über die notwendigen Voraussetzungen, um im Team mit anderen Spezialisten aus dem In- und Ausland auch systemische Zusammenhänge aufzuklären und der Politik bei der Bewältigung großer wirtschaftspolitischer Herausforderungen zu helfen.

Die Autoren

Christoph M. Schmidt (46) ist als Nachfolger von Bert Rürup gerade in den Sachverständigenrat eingezogen. Der Ruf und das Vertrauen in die Prognosekraft der „Wirtschaftsweisen“ haben in der Finanzkrise gelitten. Auf dem Ökonomen Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen, ruht die Erwartung, frischen Wind und Qualität in die Gutachten des höchsten Beratergremiums der Regierung in Wirtschaftsfragen zu bringen. Als Arbeitsmarktforscher verfügt Schmidt dabei über eine Spezialisierung, die jetzt besonders gefragt ist.

Co-Autor **Nils aus dem Moore** (32) ist Referent für wirtschaftspolitische Kommunikation und arbeitet als Wissenschaftler im Bereich „öffentliche Finanzen“ im neuen Berliner Büro des RWI. Der gebürtige Bielefelder leitete zuvor das Wirtschaftsressort des Magazins „Cicero“. Der Diplom-Volkswirt und Diplom-Journalist absolvierte ein durch die Studienstiftung des deutschen Volkes gefördertes Doppelstudium in Dortmund, Brüssel und Berlin, sowie ein Volontariat bei der „Welt“. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich

der empirischen Finanzwissenschaft sowie der Europäischen Integration. (*hig.*)